

Anti-Korruptions-Proteste in Russland

Gesellschaft und Staat vor den Präsidentschaftswahlen 2018

Sabine Fischer

Am 26. März und 12. Juni dieses Jahres demonstrierten in Dutzenden russischen Städten Zehntausende Menschen gegen Korruption. Sie folgten einem Aufruf des Oppositionspolitikers und Aktivisten Alexej Nawalny, der so zu einem frühen Zeitpunkt den Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes erzwingt. Angesetzt sind die Wahlen für März 2018. Die Proteste bedrohen weder kurz- noch mittelfristig die Existenz von Russlands politischer Führung. Sie lenken den Blick jedoch auf sich abzeichnende strukturelle Veränderungen im Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat, die längerfristig von entscheidender Bedeutung für die Zukunft des politischen Systems sein können.

Die Proteste am 26. März fanden über ganz Russland verteilt in 97 Städten statt. Initiiert hatte sie Alexej Nawalny (Jahrgang 1976), der bereits seit Mitte der 2000er Jahre in der russischen Opposition aktiv ist. Er begann seine politische Laufbahn in der ältesten liberalen Partei des Landes, Jabloko. Immer wieder verbündete er sich – etwa bei den Winterprotesten 2011/2012 – auch mit anderen Vertretern der liberalen Opposition. 2011 gründete Nawalny die Nichtregierungsorganisation »Stiftung zum Kampf gegen Korruption«, 2012 die »Fortschrittspartei«. Als Kandidat bei den Moskauer Bürgermeisterwahlen errang er im September 2013 mit 27 Prozent einen beachtlichen Erfolg. Ebenfalls 2013 wurde er in einem Verfahren wegen Veruntreuung zu fünf Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung verurteilt. Mit seiner Stiftung veröffentlicht Nawalny seit Jahren immer wieder

brisantes Material; hochrangige Vertreter/innen der russischen Elite beschuldigte er dabei der Korruption und des Amtsmissbrauchs. Der Kampf gegen solche Missstände ist ein Kernbestandteil seiner politischen Programmatik. Zugleich liefert er sich mit anderen Akteuren der liberalen Opposition regelmäßig harte Auseinandersetzungen sowohl persönlicher als auch inhaltlicher Art. Nawalny sah sich wiederholt dem Vorwurf ausgesetzt, nach innen einen autoritären Führungsstil zu pflegen und sich nationalistischer Parolen zu bedienen. Bereits im Dezember 2016 kündigte er an, bei den Präsidentschaftswahlen 2018 gegen Amtsinhaber Wladimir Putin antreten zu wollen.

Am 26. März gingen mehrere Zehntausend Menschen auf die Straße – 88 000 nach Organisatorenangabe, 36 000 laut offizieller Schätzung. Diese Größenordnung über-

raschte nicht nur Russlands politische Führung. Sie übertraf auch die Erwartungen der Organisator/innen selbst. Nawalny's Stiftung hatte am 2. März auf Youtube einen Dokumentarfilm veröffentlicht, in dem Premierminister Dmitrij Medwedew korrupte Verstrickungen vorgeworfen wurden. Der Film erreichte bereits in der ersten Woche über sieben Millionen Menschen – bis Mitte Juli 2017 hatte er fast 24 Millionen Klicks. Die große Resonanz schlug sich auch in den Demonstrationen vom 26. März nieder. Russlands Führung reagierte mit einer Mischung aus Schweigen, Denunziation und massiver Repression. Tagelang gab es keine offizielle Stellungnahme zu dem Film. Erst Anfang April, also nach der ersten Protestwelle, äußerte sich der Premier am Rande einer Veranstaltung und nannte die Vorwürfe »Unsinn«. Am Tag der Demonstrationen wurden insgesamt 1174 Menschen vorübergehend festgenommen, die meisten davon in Moskau und Sankt Petersburg.

Eine zweite Runde russlandweiter Demonstrationen wurde für den 12. Juni angesetzt, den russischen Nationalfeiertag. Nawalny und seine Organisation verhandelten lange mit diversen Stadtverwaltungen darüber, wo und unter welchen Bedingungen die Kundgebungen stattfinden könnten. Die Stadt Moskau schob dem ursprünglichen Plan, die Proteste auf der zentralen und symbolträchtigen Twerskaja-Straße abzuhalten, einen Riegel vor. Stattdessen genehmigte sie die Demonstration auf dem Sacharow-Prospekt, der vom Kreml weiter entfernt liegt. Am Abend des 11. Juni rief Nawalny über das Internet plötzlich dazu auf, doch zur Twerskaja-Straße zu gehen, da die Stadtverwaltung die Vorbereitungen für die Kundgebung sabotiere und er sich deshalb nicht mehr an die getroffenen Abmachungen gebunden sehe. Viele seiner Anhänger folgten dem Aufruf und begaben sich ohne Genehmigung auf die Twerskaja, wo gleichzeitig ein historisches Straßenfest stattfand.

Erneut erfasste der Protest das ganze Land. An dem Tag wurden in 154 russi-

schen Städten Kundgebungen abgehalten. Daran beteiligten sich nach offiziellen Angaben rund 50 000, laut Organisator/innen knapp 100 000 Menschen. Wieder kam es zu Repression und Massenverhaftungen; mindestens 1769 Demonstrant/innen wurden festgenommen. Nawalny selbst war bereits vor den Protesten verhaftet worden. Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilte ihn zu 30 Tagen Gefängnis. Am 7. Juli wurde er nach 25 Tagen vorzeitig entlassen.

Soziale Missstände und Korruption als Mobilisierungsfaktoren

Die Kundgebungen von März und Juni sind ein Meilenstein in der Entwicklung der russischen Innenpolitik. Sie waren vergleichsweise groß und wurden von einer Persönlichkeit angeführt, die national wie international Bekanntheit genießt. Noch wichtiger aber ist, dass die Menschen nicht nur in den Metropolen Moskau und Sankt Petersburg, sondern landesweit auf die Straße gingen. Damit hebt sich die aktuelle Protestwelle deutlich von früheren ab.

Gleichzeitig ist sie aber auch Teil einer Serie sozialer Proteste, die Russland seit einigen Jahren erlebt. So demonstrierten 2015/2016 Tausende Fernfahrer wiederholt gegen die Einführung eines Mautsystems namens Platon. Der geplante Abriss von mehreren Tausend Moskauer Wohnblöcken aus der Sowjetzeit rief im Frühjahr 2017 ebenfalls Widerstand hervor; der Protest gegen die »Renowazija« formierte sich von der Ebene der Hausgemeinschaften bis hin zu stadtweiten Demonstrationen. In den russischen Regionen kommt es regelmäßig zu Protestaktionen und Arbeitsniederlegungen. Die staatlichen Medien berichten kaum – und wenn, dann negativ – über diese Ereignisse. Auch den größeren Demonstrationen widmen sie nur wenig Sendezeit. Publizität erlangen die Proteste vor allem über das Internet. Hinzu kommt eine zunehmend repressive Gesetzgebung, mit der der russische Staat in den vergangenen Jahren die Hürden für oppositionelles Handeln enorm angehoben hat. Die Pro-

teste sind deshalb, von Ausnahmen abgesehen, auf das lokale Umfeld beschränkt, dezentral und fragmentiert. So entfalten sie bislang kaum Wirkung auf der regionalen oder föderalen Ebene.

Auslöser für Proteste sind meist staatliche Maßnahmen, von denen die betroffenen Menschen annehmen, sie dienen der Elite zur Selbstbereicherung. Hier offenbart sich die Diskrepanz zwischen der hohen Zustimmung, die der russische Präsident nach wie vor genießt, und dem immensen Misstrauen gegenüber allen übrigen staatlichen Institutionen und der politisch-wirtschaftlichen Elite. Im »entpolitisierten« öffentlichen Raum des Landes sind es sozio-ökonomische Themen, über die sich Teile der politisch abstinenten Bevölkerung mobilisieren lassen. An diesem Punkt setzt Nawalnys Kampagne an. Sie ist ein Versuch, die isolierten sozialen Proteste im Land durch den Kampf gegen Korruption einzurahmen und so eine breitere Bewegung entstehen zu lassen.

Das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft

Laut Organisator/innen war die Mehrheit der Protestierenden in diesem Frühjahr unter 30 Jahre alt. Diese Alterskohorte informiert und vernetzt sich größtenteils über das Internet. Auch Nawalny nutzt fast ausschließlich soziale Netzwerke und einen eigenen Youtube-Kanal, um mit seiner Anhängerschaft zu kommunizieren. Die politische Führung hingegen verlässt sich zur Verbreitung ihrer Botschaften noch immer auf die staatlich kontrollierten Fernsehkanäle.

In den Protesten des Frühjahrs offenbart sich ein doppelter Generationenkonflikt. Der Staat wird über das Fernsehen auch in den nächsten Jahren noch die ältere, strukturell konservative Bevölkerungsmehrheit Russlands von seiner Programmatik überzeugen können. Er dürfte aber zunehmend Schwierigkeiten haben, jüngere Menschen zu erreichen. Diese beziehen sowohl Information als auch Unterhaltung aus dem

Internet, nicht zuletzt wegen der wenig attraktiven Inhalte und der kruden Propaganda staatlicher Fernsehprogramme. Die junge Generation bewegt sich so in einem vollkommen anderen, erheblich pluralistischeren Kommunikationsraum. Sie ist nicht wesentlich stärker politisiert als der Bevölkerungsdurchschnitt, aber doch deutlich unabhängiger vom staatlichen Informations- und Interpretationsmonopol.

Darüber hinaus zeigt sich auch innerhalb der Opposition eine generationelle Spaltung. Den jüngeren Anhänger/innen Nawalnys stehen die älteren Unterstützer/innen der traditionellen liberalen Kräfte gegenüber. Die ohnehin sehr schwachen liberalen Parteien, wie Jabloko und PARNAS, laufen dabei Gefahr, den Kontakt zur Jugend zu verlieren.

Jüngere Demonstrant/innen waren im März und Juni 2017 erstmals staatlichen Repressionen ausgesetzt. Bereits nach den Winterprotesten 2011/2012 hatten viele der Unzufriedenen, die gegen Wahlfälschung und Autoritarismus auf die Straße gingen, Russland verlassen. Die Anhänger Nawalnys gehören größtenteils zu den gebildeten urbanen Schichten; auch sie könnten sich zunehmend vor die Entscheidung gestellt sehen, ob sie ihre Zukunft außerhalb Russlands suchen. Neuere Studien des unabhängigen Levada-Zentrums belegen eine kontinuierlich hohe Ausreisewilligkeit von Menschen mit guter Ausbildung. Verstärkte Emigration dieser Bevölkerungsgruppe würde Druck vom Regime nehmen, sich aber negativ auf Russlands gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven auswirken.

Die Proteste deuten außerdem darauf hin, dass der politischen Führung die Kontrolle über das Themenspektrum für den Präsidentschaftswahlkampf entgleitet. Wurde Unterstützung in den vergangenen Jahren vor allem über außenpolitische Fragen gesichert (Krim, Syrien, Konflikt mit dem Westen), so schieben sich nun sozio-ökonomische und damit innenpolitische Probleme in den Vordergrund. Dies ist eine Folge der Wirtschaftskrise von 2014 bis

2016, von Einkommensverlusten, Preissteigerungen und Sparmaßnahmen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen – Faktoren also, die sich unmittelbar auf die Lebenssituation der Menschen auswirken.

Schließlich zeigen die Proteste und die staatliche Reaktion einmal mehr die institutionelle Sprachlosigkeit, die zwischen politischer Führung bzw. Elite und der Bevölkerung – besonders ihren kritisch eingestellten Teilen – besteht. Nicht nur ist der öffentliche Raum entpolitisiert; auch demokratische Institutionen wie Parlament und Parteien wurden dermaßen ausgehöhlt, dass sie nicht mehr als Kommunikationskanäle zwischen Gesellschaft und Staat fungieren. Weder können gesellschaftliche Gruppen auf diesem Wege ihre Interessen an den Staat vermitteln, noch dienen die Institutionen dem Staat und der politischen Elite dazu, Stimmungen und Wünsche der Bevölkerung zu erfassen, sie in Politik umzusetzen und so die eigene Legitimität zu stärken. Ein derart de-institutionalisiertes Verhältnis von Staat und Gesellschaft erschwert Dissens und verdrängt ihn aus dem System. Als Folge drohen weitere Polarisierung und Repression bzw. Gewalt. Es erstaunt nicht, dass gerade ein Akteur wie Nawalny Unterstützung mobilisieren kann, setzt er doch bewusst auf populistische Methoden und Instrumente – im Sinne einer unmittelbaren Kommunikation mit der Bevölkerung.

Ausblick

Putin hat seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl im März 2018 noch nicht verkündet, wird dies aber mit hoher Wahrscheinlichkeit tun. Nawalny wiederum hat durch seine Anti-Korruptions-Kampagne, eine straffe Organisation und unorthodoxe Methoden landesweit ein Ausmaß an Publizität und Unterstützung erreicht, das weit über alles hinausgeht, was oppositionelle Kräfte in den letzten zehn Jahren für sich verbuchen konnten. Dieses Potential nutzt er nun für seinen Wahlkampf. Da er vor-

bestraft ist, bleibt fraglich, ob er überhaupt als Kandidat zugelassen wird. Doch auch in wirklich freien und fairen Wahlen würde er den amtierenden Präsidenten kaum gefährden.

Sollten die hier beschriebenen gesellschaftlichen Trends allerdings andauern, könnten Nawalny oder andere oppositionelle Akteure zur veritablen Bedrohung für das Regime werden. Das russische Entwicklungsmodell der 2000er Jahre gehört der Vergangenheit an. Zwar befindet sich das Land nicht mehr, wie 2014/2015, in einer akuten wirtschaftlichen Rezession. Aber die Stabilisierung findet auf einem Niveau statt, das weit unter jenem der Ölboom-Periode liegt. Die Verteilungskonflikte innerhalb von Elite und Gesellschaft dürften daher zunehmen; dies wiederum könnte dem politischen System Legitimität entziehen und oppositionellen Kräften Zulauf verschaffen.

Bislang war die Reaktion des Staates auf die Proteste darauf gerichtet, punktuell minimale Zugeständnisse zu machen und gleichzeitig Protestpotential durch direkte wie indirekte Repression – also Gewalt und etwa legislative Schritte – auszuschalten. Diese Entmutigungsstrategie garantiert die Stabilität des Regimes und wird wohl auch Putins Wiederwahl sichern. Es sind aber die Jahre danach, die die eigentliche Herausforderung für das System bringen. Sollten sich die beschriebenen Trends verschärfen, könnten sich immer größere Teile der Bevölkerung vom Regime abwenden. Hinzu kommt die Nachfolgefrage, die spätestens zum Ende von Putins nächster Amtsperiode 2024 das System verunsichern wird. Die staatliche Antwort auf die jüngsten Proteste und das Vorgehen gegen Nawalnys Wahlkampagne signalisieren jedenfalls, dass die politische Führung weiter auf Repression statt Dialog setzt. Auf lange Sicht könnte diese Strategie das Land destabilisieren.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2017
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364